

# DEMOGRAFIE UND STAATSVerschULDUNG: WANN WIRD ES TOXISCH?

HANS GROTH & NICK EBERSTADT

Nach den Finanzinstituten sind jetzt die Staaten Sorgenkinder nicht nur der Finanzmärkte, sondern auch ihrer Bürger bzw. deren gewählter Vertreter. Der Verlauf der Finanzkrise mit ihrem jüngsten Höhepunkt, der Schuldenkrise in der EU, macht deutlich, dass Kreditaufnahme immer auch vom Vertrauen der Anleger bzw. der Gunst der Spekulanten abhängt. Schwindet deren Vertrauen – sprich die Erwartung, dass die Schulden auch zurückgezahlt werden – trocknen die Finanzierungsquellen schnell aus und es werden saftige Risikoaufschläge fällig. Bisher galt die Annahme, Staaten werden ihre Schulden begleichen. Doch plötzlich ist dieses Grundvertrauen erschüttert, denn es ist nicht mehr klar, ob und wie Länder wie z.B. Griechenland ihr Defizit reduzieren und ihren Schuldenberg mittelfristig abbauen können.

Bei dem „ob“ und „wie“ der Schuldenproblematik wird bisher in der Öffentlichkeit ein Aspekt überhaupt nicht thematisiert: nämlich die sich bereits seit längerem abzeichnenden demographischen Verwerfungen mit längerer Lebenserwartung, gleichzeitig weniger Erwerbstätigen sowie anhaltend niedrigen Fertilitätsraten. Spätestens ab 2020 ist dies für die OECD-Länder nicht länger nur ein Szenario, sondern eine Realität.

Heute und künftig gilt: Wachstums- und Produktionspotential einer Volkswirtschaft sind wesentliche Determinanten, wie viele Schulden ein Land sich leisten kann. Die volkswirtschaftliche Produktivität wiederum hängt auch von der demographischen Entwicklung ab. Die beiden hierbei entscheidenden Kennziffern sind: 1. Wie gross ist die Erwerbsbevölkerung relativ zur Gesamtbevölkerung? 2. Wie produktiv ist die Erwerbsbevölkerung überhaupt? Alterung, Gesundheitszustand und die Pensionierung geburtenstarker Jahrgänge werden in den kommenden Jahren z.T. „seismografische“ Verschiebungen auslösen, die nicht unbedingt „defizitfreundlich“ sein dürften. Im Gegenteil: die Belastung der Sozialkassen für Gesundheit und Renten bei gleichzeitig schrumpfender Erwerbsbevölkerung wird dramatisch und unausweichlich zunehmen.

Nimmt man die gegenwärtigen krisenbedingten Defizite und schreibt die zunehmend auch demographiebedingten strukturellen Defizite in die Zukunft fort, so kommt man schnell auf Schuldenszenarien, in denen viele OECD Länder plötzlich sehr schlecht positioniert sind.

Doch welches sind diese Länder und wie geht die Politik mit dieser „bitteren Pille“ um? Wie präzise diese Abschätzungen im Detail auch immer sein mögen: Die demografischen „Strukturprobleme“ werden sich zukünftig in den Staatsfinanzen unausweichlich niederschlagen. Es wird in absehbarer Zeit der Punkt kommen, wo öffentlich folgende beiden Fragen gestellt werden: 1. Ab wann werden strukturelle Defizite nicht mehr tragbar? 2. Ab wann ist der Schuldenberg einfach so hoch, dass er nach menschlichem Ermessen nicht mehr abgetragen werden kann?

Die Versuchung, alle Staatsschulden für null und nichtig zu erklären, hätte katastrophale Folgen: Ein „Reset“ der Finanzsysteme würde wohl keinen Stein auf dem anderen stehen

lassen. Ein Zusammenbruch des Geldsystems, des Wirtschaftsordnung und damit auch der staatlichen Ordnung mit all seinen Folgen wäre die Szenarien...

Der visionäre Umgang mit der Demografie ist möglicherweise eine Antwort auf diesen „Stress Test“. Jeder Staat muss seine zukünftige Demografie nicht nur schon heute verstehen, sondern auch entsprechend seines zukünftigen Produktivpotentials seine Sozial- und Solidarsysteme umgehend anpassen. Dabei muss er die Gratwanderung meistern auch gleichzeitig noch Wachstumsimpulse zu setzen.

Staaten und Volkswirtschaften, die besonders innovativ und Durchsetzungsfähig in der Aktivierung von Produktivpotentials sind, werden als Sieger aus der Schulden- und Vertrauenskrise hervorgehen.

#### ANHANG UND ABBILDUNGEN:

Eine qualitative Analyse der mittelfristigen Bevölkerungsentwicklung der EU-14 Staaten sowie der von Norwegen und der Schweiz illustrieren unsere Aussagen. Wir legen dabei das „Constant Fertility“ Szenario der UNPP (<http://esa.un.org/unpp/>) zu Grunde. Dieses beruht auf folgenden Annahmen:

- Die Geburtenraten bleiben für jedes Land auf dem Niveau der Jahre 2005 - 2010
- Die Migration bleibt konstant auf dem Niveau der letzten Jahre
- Die Mortalitätsraten werden entsprechend der erwarteten weiteren Zunahme der Lebenserwartung über den Beobachtungszeitraum angepasst

Die Abbildungen für jedes der 16 Länder illustrieren die prozentualen Veränderungen bis 2030 von 4 für die gewählte Fragestellung wichtigen Bevölkerungskohorten gegenüber dem Jahr 2010:

0 – 4 jährige = zukünftiger aber erst langfristig aktivierbarer Erwerbsnachwuchs, erfordert über den Beobachtungszeitraum noch Investitionen in Bildung und Ausbildung

15 – 65 jährige = über den Beobachtungszeitraum verfügbares Arbeitspotential welches unmittelbare steuerbare und sozialversicherungspflichtige Leistungen erbringt

> 65 jährige = Bezieher von zugesagten/erworbenen Leistungen (Pensionen, Renten, Gesundheitsdienstleistungen etc.)

> 80 jährige = Bezieher von zugesagten/erworbenen Leistungen (Pensionen, Renten etc.) und überdurchschnittliche (altersbedingt) Konsumenten von

> Gesundheitsdienstleistungen

Die Abbildungen zeigen für jedes Land ein individuelles Muster in Bezug auf das Ausmass der Veränderungen sowie der erwarteten zeitlichen Eintreffens. Sie erlauben daher schon heute eine Abschätzung der zukünftigen demografischen „Strukturprobleme“. Auf länderspezifische Kommentare wird an dieser Stelle bewusst verzichtet. Dies ist erst möglich wenn die Finanzierungsquellen von Renten, Pensionen und Gesundheitsdienstleistungen für jedes Land offen gelegt und verglichen werden. Entscheidend für das hier diskutierte Thema „Staatsverschuldung“ ist hierbei die aktuelle und zukünftige Belastung für die jeweiligen nationalen Haushalte.